

Haben Sie auch jedes Jahr

6 Richtige?

1996 bekam ein Vorstandsmitglied der Bahn AG im Schnitt 300 000 €. Heute sind es knapp 2,1 Mio.€ (ohne Altersvorsorge). Das ist eine Steigerung um 700 Prozent! Ein Mitglied im Bahnvorstand fährt damit jedes Jahr ein Gehalt in Höhe eines Lottogewinns mit 6 Richtigen ein! Von einem (!) Vorstandsgelohnte könnte man rechnerisch 64 LokführerInnenInnen zum Einstiegsgehalt von 2500 € bezahlen!

Während die Abzieher und Selbstbediener aus der Vorstandsetage Bescheidenheit predigen, bekommt ein LokführerInnen tatsächlich als Einstiegsgehalt 1438 € netto für 41 Stunden/ Woche im Schicht- und Wechseldienst bei nur 13 freien „langen“ Wochenenden im Jahr.

Ihr Traumtipp heißt 183 : 13!

Auch Unternehmer träumen vom Lottogewinn. Doch bei der Privatisierung der Bahn geht es nicht um Millionen sondern um Milliarden Euro. Die Bahn wird mit unseren Steuergeldern finanziert. 183 Milliarden € ist sie wert. Für 13 Milliarden € soll sie an die „freie Marktwirtschaft“ verramscht werden. Regierung und Bahnvorstand planen eine der größten Enteignungsaktionen, die die BRD je erlebt hat. Doch damit sich der Deal für die Kapitaleseite richtig lohnt, sollen die Löhne und Gehälter der Bahnbediensteten niedrig und die Arbeitszeiten lang sein.

Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Bahnprivatisierung ab. Am aktivsten hält das globalisierungskritische Netzwerk attac (www.attac.de) dagegen. Das sollten auch die Gewerkschaft der LokführerInnen und wir alle tun.

Jetzt „kümmert“ sich Mehdorn auch noch ums Streikrecht!

Die Bahn hat schon vor 17 Arbeitsgerichten versucht, der Gewerkschaft *Deutscher Lokomotivführer* (GDL) das Streiken zu verbieten. Die Gewerkschaft setzte sich jedoch am 2. November vor dem Landesarbeitsgericht Sachsen durch. Das Schandurteil von Chemnitz ist damit aufgehoben. Es verbot Streiks im Güterverkehr und widersprach damit dem Grundgesetz. Die LokführerInnen haben das Streikrecht verteidigt und damit für uns alle einen ersten Sieg errungen.



RSB Revolutionär Sozialistischer Bund/IV.Internationale

Soll Regierung Streikrecht einschränken?

Mehdorn will jedoch der Gewerkschaft „aus grundsätzlichen Erwägungen nicht nachgeben“. Er verlangt von Kanzlerin Merkel (CDU) und dem Bahnaufsichtsrat einen „Ordnungsrahmen für eine sinnvolle Entwicklung des Arbeitsrechts“. Er warnte vor einer „schwer zu beherrschenden Tarifvielfalt“, die auch auf andere Wirtschaftszweige übergreifen würde (Spiegel-Online, 3.11.07).

Da wollen also die LokführerInnen ein Einstiegsgehalt von 2500 € brutto, die Verkürzung der Arbeitszeit von einer 41-Stunden- auf die 40-Stunden-Woche, längere freie Wochenenden und längere Ruhezeiten... und ein Herr Mehdorn fordert öffentlich die Regierung als Eigentümerin der Bahn auf, das Streikrecht einzuschränken! Mehdorn hat den Tarifkonflikt zum politischen Streik gemacht. Denn offensichtlich geht es um mehr als um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Es geht um die Verfassung und unsere demokratischen Rechte. Eine Republik ohne Streikrecht ist eine halbe Diktatur!

Statt das Streikrecht anzugreifen sollte sich der Bahnvorstand lieber beim Personenverkehr um die Langsamfahrstrecken, die vielen Verspätungen, die kaputten Türen in den Wagen und um die verdreckten Abteile kümmern. Damit wäre er vollauf ausgelastet.

„Höchste Eisenbahn“ für den Ausbau der Bahn!

Für unsere Umwelt ist es „höchste Eisenbahn“ die Bahn auszubauen. Die dafür notwendigen öffentlichen Mittel müssen zu Lasten des Straßenverkehrs gehen. Wir treten ein für:

- Sofortige Anhebung der LKW-Maut von 12 Cent auf 25 Cent! Verbot des Fernlastwagenverkehrs!
- Ausbau und Modernisierung des Bahnstreckennetzes!
- Ausbau des gesamten Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit besseren Anbindungen an den Fernverkehr!
- Kein Transrapid in München und auch nicht anderswo!

Wer wir sind:

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Ich möchte:

- das Infopaket des RSB bestellen.
- den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- Probeabo der RSB-Zeitung, kostenlos.

Name

Adresse

eMail

buero@rsb4.de
www.rsb4.de

oder per Post

RSB Bundesbüro, Psf.:
102610, 68026 Mannheim